



Regionale Aspekte der Berufsbildungsreform in Rußland

Ewald Seher

*Prof. Dr., Lehrstuhlleiter,
Berufspädagogische Univer-
sität Ural, Jekaterinburg,
Rußland*

Die sozioökonomischen Änderungen in Rußland haben wichtige Innovationsprozesse in der Berufsbildung verursacht. Die Dezentralisation des Berufsbildungssystems zwingt die Verwaltung, nach Mitteln und Wegen zur Modernisierung des gesamten Berufsbildungswesens, insbesondere in der Leitung der Berufsbildung sowie in Inhalt und Methode der Ausbildung, zu suchen.

Der Beitrag behandelt die für die Berufsbildung wichtigsten sozioökonomischen Veränderungen im Swerdlowsker Gebiet, einer der am stärksten industriell entwickelten Region im Ural. Die Ergebnisse beruhen auf einer Analyse der Wirksamkeit der eingeführten Neuerungen.

Sozioökonomischer Wandel zwingt zu Modernisierung der Berufsbildung

Das Berufsbildungssystem der Region ist hauptsächlich am Arbeitskräftebedarf der Bergbaubetriebe sowie riesiger Verarbeitungskombinate und Rüstungsbetriebe ausgerichtet. Das regionale Berufsbildungsnetz umfaßt 152 beruflich-technische Schulen, in denen 66 000 Auszubildende in 186 Berufen ausgebildet werden. 75 Prozent aller Bildungseinrichtungen bilden Arbeitskräfte für industrielle Betriebe aus.

Die in Rußland verlaufenden Reformen üben einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der primären und sekundären Berufsbildung aus. Der Übergang zur Marktwirtschaft wird durch den Rückgang der industriellen Produktion, die Umwandlung und Dezentralisation riesiger Betriebe begleitet. Dies hat zur Folge, daß der Bedarf an Absolventen der beruflich-technischen Schulen in den Fachrichtungen Metallbearbeitung, Maschinenbau, Transport- und Bauwesen abnimmt. 1991 kamen noch 78 Prozent aller Absolventen aus diesen Berufen, 1992 waren es nur noch 62 Prozent.

Dieser Rückgang hat vor allem die finanzielle und materielle Unterstützung, die der Berufsbildung von Betrieben im Schwer- und Transportmaschinenbau, Bauwesen und in der Metallurgie gewährt wird, nachträglich beeinflußt. Insbesondere haben die materiellen Grundlagen der beruflich-technischen Schulen gelitten: die Anzahl der Arbeitsplätze für Auszubildende in den Betrieben hat sich vermindert, und es sind Schwierigkeiten in der Organisation des Betriebspraktikums entstanden.

Die Privatisierung von Großbetrieben, die schnelle Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben und die Umgestaltung der Wirtschaft haben gleichzeitig zu einer Erweiterung des Dienstleistungsbereiches und des Handels geführt. Der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften für diese Zweige nimmt in den letzten Jahren stetig zu. Dasselbe betrifft Arbeitskräfte im Bereich moderner Bürotechnik, EDV und anderer komplizierter elektronischer Ausrüstungen.

Marktwirtschaft erfordert auch Marketingstrategien für die Berufsbildung

Die starre Ausrichtung der Berufsbildung an der industriellen Produktion kann nur überwunden werden, wenn Qualifikationen angeboten werden, die für die Region attraktiv sind und die die Wettbewerbsfähigkeit der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Als „Nachfrager“ des Berufsbildungsangebots können einzelne Betriebe und Wirtschaftszweige hervortreten, die auch die Berufsbildung bezahlen und materiell unterstützen. Die von den nachfragenden Betrieben abhängigen Berufsschulen müssen daher ein an den Qualifizierungsbedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtetes Leistungsangebot erstellen.

Diese Überlegungen führten dazu, das Berufsbildungsangebot im Swerdlowsker Gebiet zu untersuchen. Es wurde ein Verzeichnis der Berufe und Fachrichtungen erarbeitet und nach folgenden Merkmalen gruppiert:

- Verbreitung des Berufes
- Anzahl der erforderlichen Ausbildungsplätze
- Ausbildungszeiten
- alte und neue Ausbildungsinhalte bzw. -methoden
- Ausbildungskosten in der Region.

Die durchgeführte Analyse ergab, daß sich das Profil der Berufsschulen grundsätzlich geändert hat. Während in den 70er Jahren die Berufsschulen stark an den einzelnen Industriezweigen orientiert waren (z. B. Maschinenbau, Metallurgie, Bauwesen), verlieren sie zur Zeit ihre Berufsgewundenheit. Um die Nachfrage nach neuen Berufen decken zu können, soll eine Berufsschule, die früher nur Maschinenbauarbeiter wie z. B. Maschinenbediener, Elektro- und Gaschweißer vorbereitete, jetzt auch Buchhalter, Köche u. a. ausbilden. Die Umorientierung der Berufsschulen führt zwar zu zahl-

reichen Schwierigkeiten der materiell-technischen Grundlagen für die Ausbildung, entspricht aber den Bedürfnissen nach Berufen sowohl der Schulabsolventen als auch der neu entstehenden Wirtschaftsstrukturen.

Als Nachfrager des Berufsbildungsangebots treten neben den Absolventen der allgemeinbildenden Schule auch der öffentliche Dienst, industrielle Betriebe wie auch Klein- und Mittelbetriebe hervor.

Regionale Verbände der Berufsschulen als Form der Dezentralisation der Verwaltung

Der Übergang zu Marketingstrategien in der Berufsbildung hat auch zu einem Umbau der Berufsbildungsverwaltung geführt. Die traditionelle, auf Zentralisierung und planmäßiger Deckung des Fachkräftebedarfs beruhende Verwaltung ist nicht imstande, den Veränderungen auf dem regionalen Arbeitsmarkt rechtzeitig nachzukommen und kann weder auf die Bedürfnisse der Jugend noch auf sozioökonomische Veränderungen adäquat reagieren.

Der Wunsch, die Verwaltung zu dezentralisieren und ein flexibles Verwaltungssystem zu schaffen, hat zur Bildung sogenannter Bezirkscolleges geführt, die eine neue Form der Vereinigung von regional benachbarten Bildungseinrichtungen darstellen.

Der Zweck der Schaffung von Bezirkscolleges besteht darin, in der Phase der Umgestaltung die sozioökonomischen Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zu überwinden, die Stabilität der Bildungseinrichtungen zu erhöhen und verschiedene Bereiche der Berufsbildung zu integrieren. An der Spitze des Bezirkscolleges steht eine fortgeschrittene Bildungseinrichtung (z. B. eine höhere Berufsschule oder ein technisches Lyzeum), die die Tätigkeiten aller beteiligten Berufsschulen vereinigt und koordiniert. In den Bezirkscol-

leges finden grundlegende, mittlere und höhere Berufsbildung sowie Berufsvorbereitung statt.

Die Bezirkscolleges werden freiwillig gegründet, um die folgenden Probleme gemeinsam zu lösen:

- Sicherung des Rechtes jeder Person, eine hochwertige, den Staatsstandards entsprechende Berufsbildung zu erlangen;
- Durchführung vom pädagogischen Marketing, darunter die Untersuchung des Marktes der Bildungsleistungen, Koordinierung der Vorbereitung von Fachleuten, Aufbau sozialwissenschaftlicher Einrichtungen zur Untersuchung der beruflichen Interessen der Jugendlichen sowie des Arbeitskräftebedarfes;
- Integration der Betriebe, die Plätze für Betriebspraktika anbieten, sowie der materiellen Ressourcen, der externen Haushaltsmittel zur Organisation einer gemeinsamen pädagogisch zweckmäßigen kommerziellen Tätigkeit;
- Vereinigung der Bemühungen zur Schaffung von wissenschaftlich-methodischen Zentren, Berufsberatungszentren, Attestierungs- und Prüfungskommissionen;
- Schaffung der Voraussetzungen für mehrstufige und kontinuierliche Weiterbildung, Organisation von Ausbildungszentren zur Erlangung der mittleren Fachbildung und Hochschulbildung. Die Berufsbildungsprogramme der Grundschul-, mittleren und Hochschulbildung in verwandten Berufen werden derart abgestimmt, daß der Absolvent einer Berufsbildungsstufe die höheren Studienjahre der nächsten Stufe antreten kann;
- Überwindung der finanziellen und materiellen Abhängigkeit von den Betrieben, die selbst in einer kritischen Lage sind und den Berufsbildungseinrichtungen keine Unterstützung und Hilfe leisten können.

Im Swerdlowsker Gebiet wurden zwölf Bezirkscolleges geschaffen, die 130 Bildungseinrichtungen mit insgesamt 185 Ausbildungsberufen vereinigen. Die Leitungen der Berufs-

schulen sind der Meinung, daß sich durch den Aufbau der Bezirkscolleges die negativen sozioökonomischen Folgen der Reformen überwinden lassen und daß dadurch Voraussetzungen für eine breite, mobile und kontinuierliche Berufsbildung in Übereinstimmung mit den regionalen Besonderheiten geschaffen werden können.

Der Inhalt des Unterrichtes soll auf neuen Prinzipien ruhen

Der Rückgang der industriellen Produktion in der Swerdlowsker Region hatte zur Folge, daß hochqualifizierte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt freigeworden sind. Da auch Betriebe weiterhin spezialisierte Arbeitskräfte in eigenen technischen Ausbildungsabteilungen, Lehr- und Produktionszentren ausbilden, ist auf dem Arbeitsmarkt eine Konkurrenz zwischen den erfahrenen Arbeitern und den Absolventen der Berufsschulen entstanden.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der in den Betrieben ausgebildeten Fachkräfte zu steigern, wird in der Region ein qualitativ neuer Inhalt der Berufsbildung entwickelt. Grundlage dafür ist das technologische Prinzip der Berufsausbildung, durch das die technischen und technologischen Gemeinsamkeiten einzelner Berufe zusammengefaßt werden. Jede Berufsgruppe baut auf einem allgemein beruflichen, invarianten Ausbildungsblock auf, darauf folgt die Ausbildung im technologischen und mechanischen Block und in der dritten Stufe die Spezialisierung.

Die Umstellung auf die neuen Ausbildungsinhalte erfordert auch, daß die höheren Berufsschulen und technischen Lyzeen prinzipiell neue Lehrpläne und -programme entwickeln, um den technologischen Stand der Betriebe und die wirtschaftlichen Besonderheiten der Region im höchstmöglichen Maß zu berücksichtigen.

Durch das technologische Formierungsprinzip der Berufsinhalte können sozial mobile Arbeiter mit einem breiten Qualifikations-

spektrum auf einem qualitativ neuen Stand ausgebildet werden und das Berufsbildungsangebot insgesamt erweitert werden.

Stimulieren der Innovations-tätigkeit der Berufsschulen

Die Entwicklungsprogramme der berufsbildenden Einrichtungen tragen zur gründlichen Erneuerung und Weiterentwicklung der Berufsbildung im Swerdlowsker Gebiet bei. Den Leitungen der im Swerdlowsker Gebiet befindlichen Berufsschulen wurde ein Konzept zur Erarbeitung der Entwicklungsprogramme angeboten, das die Forschung nach eigener Entwicklungskonzeption, die Erarbeitung der Leitungsstruktur und die finanzielle und materiell-technische Ausstattung des Programms einschließt. Ab November 1992 sollen die bisher erarbeiteten Programme zur materiell-technischen Basis und zum Bildungspersonal der Berufsschulen vor einer Expertenkommission verteidigt werden. Der Wunsch, die erarbeiteten Entwicklungsprogramme erfolgreich zu verteidigen, hat die ingenieur-pädagogischen Mitarbeiter der Berufsschulen dazu angeregt, intensiv nach Innovationen auf dem Gebiet des Unterrichtsinhaltes und der Unterrichtstechnologie zu suchen. Die durch das Russische Bildungsgesetz erhobene Kontinuität der Bildungsprogramme hat zur Schaffung von neuen Berufsbildungskomplexen „Berufsschule — Technikum“ geführt: Die Berufspädagogische Universität in Jekaterinburg erarbeitet das Projekt eines Berufsbildungs- und Forschungszentrums „Berufsschule — Technikum — Hochschule“, in einer der besten Berufsschulen im Swerdlowsker Gebiet ist eine prinzipiell neue Bildungseinrichtung, das „Institut für höhere Arbeiterbildung“, geschaffen worden.

Die Beratungen vor der Expertenkommission haben Nachteile in der Realisierung der Marketingstrategie sichtbar gemacht, insbesondere wird die finanzielle Versorgung der Entwicklungsprogramme als unzureichend

betrachtet. Außerdem erscheint es als verfrüht, mittlere beruflich-technische Schulen in höhere oder technische Lyzeen umzuwandeln. Die Verteidigung der Entwicklungsprogramme hat auch positive Veränderungen im Berufsbildungssystem hervorgehoben. Zu den Änderungserfolgen zählen die Schaffung von Ausbildungszentren für Kunstgewerbeberufe wie Steinschneider, Kunsttischler, Volkskunstmaler usw. sowie tiefgreifende Veränderungen der Unterrichtstechnologie und Unterrichtsformen wie integrativer und binärer Unterricht.

Zur Bedeutung der Qualifikation des Bildungspersonals

Das Russische Bildungsgesetz sieht Qualifikationsnachweise des pädagogischen Personals vor. Die wichtigsten normativ-rechtlichen und organisatorischen Grundlagen der sog. Attestation sind durch das Ministerium für Bildungswesen festgelegt. Die Aufgabe der Attestation besteht darin, dem Bildungspersonal Qualifikationsnachweise in Übereinstimmung mit ihrem beruflichen Stand zu erteilen. Für die in der Berufsbildung tätigen Lehrer und Meister sind vier Kategorien festgelegt: höchste, erste, zweite und dritte Kategorie.

Der Inhalt, die Prozedur und die Methodik der Attestation werden durch die örtlichen Verwaltungen für Bildungswesen festgelegt. Im Swerdlowsker Gebiet wurden die Methodik der Attestation vom Unterrichtspersonal der Berufsschulen versuchsweise erprobt. Die Attestation verläuft in drei Stufen:

- Die erste Stufe umfaßt die Beurteilung der praktischen Berufstätigkeit, die Befragung der Auszubildenden, die Begutachtung der Berufseignung und eine standardisierte Beurteilung der Unterrichtsstunde. Die Ergebnisse werden einer Expertenkommission vorgelegt.
- Die zweite Stufe stellt eine Qualifikationsprüfung dar, die für Berufsschullehrer aus



Examina in Pädagogik, Psychologie, Didaktik und Unterrichtsfach besteht. Das Examen in Didaktik darf durch Verteidigung eines wissenschaftlich-methodischen Projektes ersetzt werden. Die zweite Attestationsstufe läßt somit die berufspädagogische Kompetenz der Ausbilder beurteilen.

- Als dritte Stufe werden die Ergebnisse der ersten zwei Stufen von der Expertenkommission erörtert, wonach dem Pädagogen die Qualifizierungskategorie für zunächst fünf Jahre verliehen wird.

Die Einführung der Attestation von leitenden und pädagogischen Mitarbeitern hat zum Umbau des gesamten Systems der Weiterbildung des Bildungspersonals geführt.

Anstelle einer Zusammenfassung

Der Einfluß der in Rußland verlaufenden sozioökonomischen Veränderungen auf die Berufsbildung kann noch nicht eindeutig abgeschätzt werden. Die tiefe wirtschaftliche Krise, in die staatseigene Betriebe geraten sind, hat die traditionellen Bindungen zwischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben gestört. Das Bestreben, negative ökonomische Folgen zu überwinden, hat zur Verstärkung der regionalen Komponenten in der Berufsbildung geführt. Gleichwohl haben die Dezentralisierung und Demokratisierung der Bildung Voraussetzungen für eine gemeinsame Suche nach neuen Verwaltungsformen, neuen Berufsschultypen, neuen Unterrichtsinhalten und -technologien geschaffen.

Zusammen mit dem Bildungspersonal der Berufsschulen nehmen die Wissenschaftler der Hochschulen im Swerdlowsker Gebiet an dieser Erneuerung teil. Der Verfasser ist an dieser Reform aktiv beteiligt als wissenschaftlicher Leiter des Projektes an einem der Bezirksskolleges, der Methodik zur Attestation von Ausbildern, des Experten- und Lizenzrates bei der Verwaltung für Bildungswesen.

Novellierung der schulischen Rahmenlehrpläne für die Ausbildungsberufe Industriekaufmann/Industriekauffrau und Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel

**Henrik Schwarz,
Dietrich Krischok**

Seit Anfang 1994 werden die aus dem Jahre 1978 stammenden schulischen Rahmenlehrpläne der Ausbildungsberufe Industriekaufmann/Industriekauffrau und Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel novelliert. Für eine Überarbeitung der entsprechenden betrieblichen Ausbildungsordnungen liegt der Konsens der Sozialparteien allerdings noch nicht vor.

Die Verfahren sollen etwa ein Jahr dauern, so daß nach optimistischen Schätzungen die neuen Rahmenlehrpläne bereits zum Schuljahr 1995/96 vorliegen könnten.

Schon 1989 und 1992 hatte die Länderseite Projektanträge zur Neuordnung der vier großen kaufmännischen Ausbildungsberufe (Industriekaufmann/Industriekauffrau, Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel,

Bankkaufmann/Bankkauffrau und Versicherungskaufmann/Versicherungskauffrau) im Bund-Länder-Koordinierungsausschuß „Ausbildungsordnungen/Rahmenlehrpläne“ eingebracht.

Bis auf den Projektantrag zum Ausbildungsberuf Versicherungskaufmann/Versicherungskauffrau, dem der Koordinierungsausschuß am 19. 5. 1994 zugestimmt hat, konnte die Bundesseite bisher — wegen des ausstehenden Konsenses der Sozialparteien — den Anträgen der Länderseite nicht zustimmen.

Für die Ausbildungsberufe Industriekaufmann/Industriekauffrau und Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel hat der Koordinierungsausschuß schließlich in seiner Sitzung am 26. 11. 1993 beschlossen, die schulischen Rahmenlehrpläne unabhängig von einer Novellierung der jeweiligen Ausbildungsordnung entsprechend den neuen Anforderungen zu überarbeiten.

Trotz des Verzichts auf die bisher übliche Praxis der parallelen Erarbeitung von Ausbildungsordnung und Rahmenlehrplan betont der Koordinierungsausschuß, daß am Gemeinsamen Ergebnisprotokoll von 1972, das die Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen im Bereich der beruflichen Bildung zwischen Bund und Ländern regelt, festgehalten werden soll.

Entsprechend wurde das Bundesinstitut für Berufsbildung durch das Bundesministerium für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft unter Hinweis, daß die Bundesseite in den Sitzungen der Rahmenlehrplan-Ausschüsse ebenfalls vertreten ist, angewiesen, die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne zu begleiten.

Das Bundesinstitut hat daraufhin die Sozialparteien um die Benennung von „Ansprechpartnern“ zur Begleitung der Arbeit der Rahmenlehrplanausschüsse gebeten. Während die Arbeitgeberseite dieser Bitte nachgekommen ist, haben Vertreter der Gewerkschaftsseite eine Beteiligung abgelehnt. Nach ihrer Einschätzung macht dieses jetzt beschlossene